

Immobilien Service

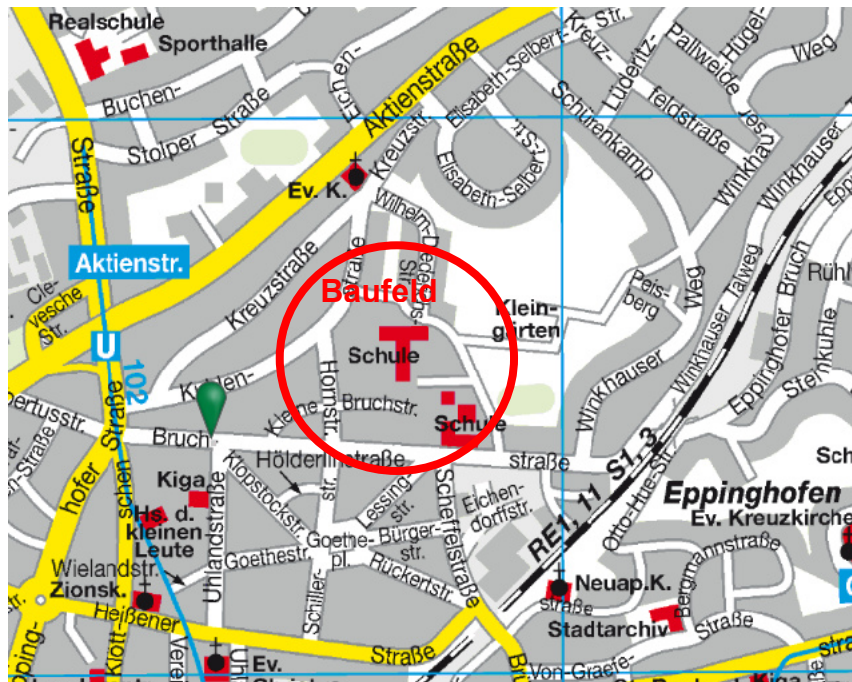
DER STADT MÜLHEIM AN DER RUHR

Betoninstandsetzung an den Fassaden der Hauptschule Bruchstraße 87

Leistungsbeschreibung und Besondere Vertragsbedingungen

1. Allgemeines

Die Baustelle befindet sich im Ortsteil Eppinghofen der Stadt Mülheim an der Ruhr im Bereich zwischen Eppinghofer Straße und Winkhauser Talweg.



Bei den Betoninstandsetzungsarbeiten an den Fassaden der Gebäude in Stahlbeton-Skelettbauweise handelt es sich im Wesentlichen um die Bearbeitung von Schäden aus Karbonatisierung in Verbindung mit zu geringer Betonüberdeckung der Bewehrung.



Bild: Fassade Schulgebäude



Es sollen Leistungen zur Reprofilierung und zum direkten Schutz der Bewehrung ausgeführt werden. Die Applikation eines vollständigen Oberflächenschutzsystems ist nicht vorgesehen, da die geplante Nutzung der Schule lediglich übergangsweise, für wenige Jahre, erfolgen soll. Ein Feinspachtel soll lediglich auf Teilflächen zusätzlich aufgetragen werden. Instandsetzungsarbeiten zur Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht stehen hierbei im Vordergrund.

Ausführungszeitraum allgemein:

Der Baubeginn ist vorgesehen für Anfang Juli 2021. Bauzeit 2 Monate.

Die Baumaßnahme wird sowohl in den Sommerferien als auch im laufenden Schulbetrieb durchgeführt.

Die Ausgänge der jeweiligen Gebäude dürfen nicht gesperrt werden, da eine ausreichende Anzahl von Fluchtwegen garantiert werden muss.

Der laufende Schulbetrieb und stattfindende Schulveranstaltungen haben Vorrang und dürfen zu keiner Zeit gestört werden. Daher sind lärmintensive Arbeiten mit dem Stunden- und Unterrichtsplan der Schule abzustimmen und ggf. nach Schulschluss zu verlegen. Die Pausenzeiträume zwischen den Unterrichtsstunden können nach Absprache für lärmintensive Arbeiten herangezogen werden.

Grundsätzlich sollen die lärmintensiven Arbeiten noch im Ferienzeitraum bis zum 17.08.2021 durchgeführt werden.

Der Beginn und Zeitraum sämtlicher Arbeiten sowie die einzelnen Arbeitsabläufe sowie der Einsatz der Geräte sind auf die Belange der Schulleitung und mit der örtlichen Bauleitung abzustimmen.

Während der regulären Unterrichtszeiten von 7:45 bis 15:30 Uhr können grundsätzlich keine lärmintensiven Arbeiten durchgeführt werden.

Im Fall von Nacht- und Wochenendarbeiten sind diese eigenständig durch die verantwortlichen Firmen bei den zuständigen Behörden anzumelden.

2. Material- und Ausführungsqualität

Alle Produkte und Systeme für den Schutz und die Instandsetzung von Betontragwerken müssen der DAfStb-Richtlinie „Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen (Rili-SIB)“, der DIN EN 1501 sowie der DIN V18026 ff entsprechen.

Zur Sicherstellung von gleichbleibenden Qualitäten hat der Bieter bei Angebotsabgabe nachzuweisen, dass der Hersteller der einzusetzenden Produkte ein Zertifikat gemäß DIN EN ISO 9001 für das jeweilige Lieferwerk besitzt.

Es dürfen nur die Produkte/Systeme eines Materialherstellers angeboten werden. Der Einsatz von Materialien unterschiedlicher Hersteller ist aus Gewährleistungsgründen und der nicht sichergestellten Verträglichkeit bzw. Haftung untereinander nicht erlaubt.

Bei im LV genannten Schichtdicken darf die geforderte Mindestdicke nicht unterschritten werden.

Vor dem Beginn der Beschichtungsarbeiten hat der AN grundsätzlich die Oberfläche auf Eignung und Haftzugfestigkeit für die geplanten Beschichtungsarbeiten zu überprüfen (siehe z.B. BEB Merkblatt oder DAfStb-Richtlinie, Teil 2 Abschnitt 2.2 und 2.3 bzw. Teil 3, Anhang A). Evtl. Einwände sind der Bauleitung unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Die in den Technischen Merkblättern des Materialherstellers genannten Mindestverarbeitungstemperaturen und der Taupunkt sind während der Ausführung täglich zu kontrollieren und in ein Protokoll einzutragen. Die Oberflächentemperatur muss mind. 3 Grad Celsius über dem Taupunkt liegen. Bei Unterschreitung der erforderlichen Temperaturen sind mit der Bauleitung weitere Maßnahmen abzusprechen.

Bei Ausführungen, die für die Erhaltung der Standsicherheit von Betonbauteilen erforderlich sind, sind * die DAfStb-Richtlinie "Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen" des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton (Instandsetzungs-Richtlinie, Ausgabe 10/2001) und für den Bereich des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING) insbesondere Teil 3, Massivbau, Abschnitt 4 (Schutz und Instandsetzung von Betonbauteilen) und Abschnitt 5 (Füllen von Rissen und Hohlräumen in Betonbauteilen) mit ihren Technischen Lieferbedingungen (TL) bzw. Technischen Prüfvorschriften (TP) einzuhalten.

Die Stoffe/Materialien müssen in der Bauregelliste A, Teil 2, lfd. Nr. 2.22 - 2.25 des DIBt geführt sein. Die Nachweise sind vorzulegen.

Der Auftragnehmer übernimmt gemäß VOB, Teil B/§ 13, die Gewähr, dass seine Leistung zur Zeit der Abnahme die vertraglich zugesicherten Eigenschaften hat, den anerkannten Regeln der Technik entspricht und nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder nach dem Vertrag vorausgesetzten Gebrauch aufheben oder mindern. Mit dem Tag der Abnahme gilt eine Gewährleistung nach VOB, Teil B/§ 13 Absatz 4, als vereinbart.

Qualifikationsnachweis:

Der Bieter hat mit Abgabe des Angebotes nachzuweisen, dass er über die notwendigen Voraussetzungen zur Durchführung der ausgeschriebenen Leistungen verfügt

Der Bieter hat mit Angebotsabgabe Referenzen der letzten 3 Jahre über vergleichbare Maßnahmen, der Art und Größe der ausgeschriebenen Arbeiten entsprechen, einzureichen.

Der Bieter hat zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nachzuweisen, dass der vorgesehene, namentlich zu benennende örtliche Baustellenleiter der Bieterfirma über ein Qualifikationszertifikat des Ausbildungsbeirates des Deutschen Betonvereins (SIVV-Schein) verfügt. Das Qualifikationszertifikat muss ausreichende Fachkenntnisse hinsichtlich der Ausführung sachgerechter Schutz- und Instandsetzungsmaßnahmen an Betonoberflächen, Fachkenntnisse über einzusetzende Baustoffe und Arbeitsmittel sowie über Verfahren zur Schadenserkennung und -Instandsetzung bestätigen.

Eigenüberwachung:

Der Bieter ist verpflichtet, während der gesamten Dauer der Instandsetzungsarbeiten laufend Eigenüberwachungen durchzuführen. Dies bezieht sich auf die Kontrolle des Untergrundes, des einzusetzenden Materials und der Witterungsbedingungen. Die Ergebnisse der Eigenüberwachungen sind in einem Bautagebuch festzuhalten.

Abrechnung / Unterlagen:

Für die Abrechnung der Betoninstandsetzung werden aus der VOB die DIN 18349 und der dazugehörige Kommentar zugrunde gelegt.

Nachträge außerhalb dieser Ausschreibung sind nur möglich, wenn sie der örtlichen Bauleitung innerhalb einer angemessenen Frist vor Ausführung mitgeteilt und von dieser ausdrücklich genehmigt werden.

3. Sicherung der Baustelle

Der Auftragnehmer ist für die ordnungsgemäße, den anerkannten Regeln der Baukunst entsprechende Ausführung der übernommenen Arbeiten und insoweit für die ordnungsgemäße Einrichtung und den sicheren Betrieb der Baustelle, insbesondere für die Tauglichkeit und Betriebssicherheit der Geräte und sonstigen Baustelleneinrichtungen sowie für die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen verantwortlich.

Der Auftragnehmer haftet für sämtliche dem Auftraggeber aus der Unterlassung solcher Maßnahmen erwachsenden unmittelbaren und mittelbaren Schäden und verpflichtet sich, den Auftraggeber von allen gegen diesen etwa erhobenen Ansprüchen, die auf ungenügender Sicherung der Baustelle beruhen, in vollem Umfang freizustellen.

Die Rechte und Pflichten der Bauleitung bleiben unberührt.

Baustelleneinrichtung

Die beengten Platzverhältnisse im Baustellenbereich und die Zufahrtswege im Bereich von Schulhöfen sind bei der Baustelleneinrichtung unbedingt zu berücksichtigen

Für die Versorgung der Baustelle mit elektrischer Energie und Wasser hat der AN eigenverantwortlich zu sorgen.

Die auf der Baustelle anfallenden Abwässer müssen ordnungsgemäß entsorgt werden.

Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die einschlägigen Vorschriften zu beachten.

Alle auf der Baustelle zu betreibenden Geräte sind regelmäßig auf mögliche Öl- und Treibstoffverluste zu untersuchen: ggf. sind sofortige Maßnahmen zum Auffangen von Ölen und Treibstoffen zu treffen.

Das Betanken von Geräten und Fahrzeugen darf nur auf einer dafür wasserdicht befestigten Fläche vorgenommen werden: nach Abschluss der Baustelle ist dieser Tankplatz zu beseitigen und ggf. kontaminiertes Befestigungsmaterial ordnungsgemäß zu entsorgen.

Für die gesamte Bauzeit ist auf der Baustelle ein wirksames Ölbindemittel für mind. 500 L Öl bzw. Treibstoff vorzuhalten.

Tritt trotz aller Sorgfalt eine Gewässergefährdung ein, so ist dies unverzüglich der zuständigen Wasserbehörde anzuzeigen. Im übrigen sind die jeweils gültigen Öl- und Giftalarm-Richtlinien zu beachten.

Auf der Baustelle anfallende Abfälle (Schutt, Verpackungsmaterial usw.) sind unverzüglich und auf eigene Kosten entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen zu entsorgen.

In Anspruch genommene öffentliche und private Verkehrsflächen müssen bei Verschmutzung durch Bau- oder Zulieferfahrzeuge unverzüglich gereinigt werden. Etwaige Beschädigungen sind in Abstimmung mit den jeweiligen Eigentümer zu beheben.

4. Kalkulation

Der Bieter muss sich vor Abgabe seines Angebotes über alle örtlichen Verhältnisse unterrichten, die für die Ausführung und für die Preisermittlung bedeutsam sein können. Zweifelsfragen sind vor Angebotsabgabe zu klären.

Der Bieter bescheinigt mit Abgabe des Angebotes, dass er die Baustelle besichtigt hat und sich über die Bauausführung im Klaren ist.

Nachforderungen, die ihre Ursache in nicht ausreichender Unterrichtung über die örtlichen Gegebenheiten, den Leistungsumfang oder irrige Auffassung darüber haben, werden nicht anerkannt.

In den Ausschreibungsunterlagen etwa festgestellte Irrtümer sind sofort dem Auftraggeber schriftlich mitzuteilen. Dadurch entstehende Richtigstellungen und Aufklärungen werden allen Bietern bekannt gegeben.

Sollten sich während der Bauausführung zusätzliche Arbeiten ergeben, so ist der Auftragnehmer gehalten, hierüber vor Ausführung der Arbeiten eine schriftliche Preisvereinbarung herbeizuführen; andernfalls besteht kein Anspruch auf Bezahlung. Die Preise für Zusatz- und Nachtragsarbeiten sind auf die Preise des Hauptangebotes abzustimmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Kalkulationsunterlagen vorzulegen. Bei Leistungen, die jeweils im anderen Baulos enthalten sind, wird der entsprechende EP angesetzt.

5. Stundenlohnarbeiten

Stundenlohnarbeiten dürfen nur mit vorherigem Auftrag durch die Bauleitung ausgeführt werden. Stundenlohnzettel mit Namen der Arbeiter und Bezeichnung der ausgeführten Arbeiten sind täglich dem örtlichen Bauleiter zur Anerkennung vorzulegen. Die Stundenlohnzettel sind den Rechnungen beizufügen.

Form und Inhalt der Stundenlohnzettel können vom Auftraggeber bestimmt werden. Der Verbrauch von Stoffen, Bauteilen, Betriebsstoffen und die Vorhaltung von Geräten, Gerüsten, Bauhilfsstoffen und dergleichen sowie Transportleistungen sind zu vermerken.

Die im Angebot ausgeworfenen Stundenlohnverrechnungssätze sind Wettbewerbspreise. Bei einem auffälligen Missverhältnis zu den nach Abschnitt IV der LSP-Bau zulässigen Stundenlohnabrechnungspreisen behält sich der Auftraggeber eine Berichtigung vor.

Die Stundenlohnverrechnungssätze gelten unabhängig von der Anzahl der abgerechneten Stunden. § 2 Nr. 3 VOB/B gilt insoweit nicht.

Werden vom Auftragnehmer im Zusammenhang mit den Stundenlohnarbeiten Baustoffe geliefert, Fuhrleistungen erbracht oder Geräte und Maschinen vorgehalten, so richtet sich die Vergütung nach den preisrechtlichen Regelungen der LSP-Bau, soweit nicht besondere Einheitspreise im LV ausgewiesen sind.

Sind Stundenlohnverrechnungssätze nicht mit ausgeschrieben, so richtet sich die Vergütung nach den Vorschriften über die Ermittlung der Stundenlohnabrechnungspreise der LSP-Bau. Grundlage ist hierbei der Tariflohn, soweit der Auftragnehmer keine anderen Lohnzahlungen nachweist.

6. Arbeitsgemeinschaften

Wird das Angebot durch eine Arbeitsgemeinschaft abgegeben, so ist in einer Anlage zum Angebot die Bezeichnung der Arbeitsgemeinschaft anzugeben, der federführende Unternehmer und sämtliche übrigen Mitarbeiter sind zu benennen. Das Angebot ist von allen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft zu unterzeichnen.

7. Verwertung und Entsorgung gemäß Satzung der Stadt Mülheim an der Ruhr

Die Verwertungs- bzw. Entsorgungsnachweise sind dem AG vollständig und in einer Form, die ihm die Erstellung der Abfallbilanz ermöglicht, unverzüglich nach Abtransport zu überlassen. Die Entsorgungskosten werden durch den AG erst nach vollständiger Vorlage der ordnungsgemäßen Verwertungs- bzw. Entsorgungsnachweise durch den AN und deren Prüfung durch den AG vergütet.

Bauabfälle, die vom Auftragnehmer für die Erstellung des beauftragten Bauwerkes erzeugt werden, sind von ihm einer Verwertung oder Beseitigung gemäß gemäß Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Mülheim an der Ruhr zuzuführen. Der Auftragnehmer hat dies bei der Ermittlung seines Angebotspreises zu berücksichtigen.

Die Pflicht zur Verwertung oder Beseitigung des anfallenden Abfalls wird auf den Auftragnehmer übertragen.

Der AN hat bei der Auswahl des Verwerter oder Entsorgers auf Zuverlässigkeit sowie den Nachweis der Sach- und Fachkunde im Sinne der Satzung der Stadt Mülheim an der Ruhr in der gültigen Fassung zu achten.

8. Unterlagen zur Kalkulation

- 1) Baubeschreibung
- 2) Leistungsverzeichnis Blankett (PDF- und GAEB-Format)
- 3) Bauwerkszeichnung (zur Kalkulation) Nordansicht MH2011-35-100 M. 1:100
- 4) Bauwerkszeichnung (zur Kalkulation) Südansicht MH2011-35-110 M. 1:100
- 5) Grundrisse + Ansichten der Hüttenes GmbH Architekten